



regiolinks be

Mitgliederzeitung für Stadt und Region Bern
131 November 2012

GEMEINDEWAHLEN AM 25. NOVEMBER

Jede Stimme zählt!

Liebe Genossinnen und Genossen, am 25. November 2012 finden in zahlreichen Gemeinden der Region Bern-Mittelland Wahlen statt. Von B wie Belp bis Z wie Zollikofen stehen qualifizierte und motivierte Kandidatinnen und Kandidaten der SP bereit, um unser sozialdemokratisches Gedankengut in die Parlamente und Exekutiven zu tragen und tagtäglich eine Politik FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE zu verwirklichen.

Die zahlreichen roten Plakate sind nicht zu übersehen und die mit Hingabe gestalteten Wahlbroschüren liegen meist schon in den Briefkästen oder auf den Küchentischen. Ge-

rade bei Gemeindewahlen ist der persönliche Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern aber am allerwichtigsten. Dabei kommt es auf jede Stimme an! Beteiligt euch an den Strassenaktionen eurer Sektionen, versucht aber auch in eurem familiären Umfeld, bei Freundinnen und Kollegen, in Vereinen oder auf dem Märkt, die Menschen von der Wichtigkeit einer sozialen und ökologischen Politik zu überzeugen.

Die SP steht ein für starke Volksschulen und für familienexterne Kinderbetreuungsangebote, die allen zugute kommen, für sichere Verkehrswege und ein gutes Angebot an öffentli-

chen Verkehrsmitteln, für ruhige Quartiere mit hoher Lebensqualität und ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot. Damit es uns allen heute besser geht, aber insbesondere auch für die kommenden Generationen – eben FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.



Matthias Burkhalter
Präsident SP Region Bern-Mittelland

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE



KITA-VOLKSVORSCHLAG

Für hohe Qualität und gerechte Tarife in Kitas

In sensationellen vier Tagen haben wir es geschafft – das konstruktive Referendum gegen die unsoziale Umsetzung der Kita-Betreuungsgutscheine in der Stadt Bern war ergriffen. Nach der Annahme des Gegenvorschlags zu unserer Kita-Initiative hat der Stadtrat von Bern entschieden, dass die städtischen Kitas abgeschafft und die Kita-Tarife gegen oben liberalisiert werden sollen. Heute gibt es auf den Tarifen einen Kostendeckel, so dass alle Kitas in der Stadt Bern über gleich lange Spiesse verfügen. Die Mehrheit des Stadtrates hat nun entschieden, dass dieser Deckel wegkommen soll, jedoch ohne die Subventionen für die Eltern zu erhöhen. Die Kitas sollen ihre Tarife nach dem Willen der Ratsmehrheit also selber festlegen können. Bieten sie zweisprachige Betreuung an, verfügen sie über mehr Betreuungsperso-

nen oder investieren sie auch nur in schicke Kindermöbel, können sie mehr Geld für die Kinderbetreuung verlangen. Für die Eltern bedeutet dies aber, dass sie mehr bezahlen müssen, weil die Subventionen nicht erhöht werden. Steigen die Tarife in einigen Kitas, hat dies zur Folge, dass es Kitas nur für Reiche und Kitas für Arme geben wird. Durch die Abschaffung der städtischen Kitas gingen zudem Ausbildungsplätze verloren und es besteht die Gefahr, dass es in gewissen Quartieren keine Kitas mehr geben würde, weil es sich dort für Private nicht lohnt. Zusammen mit dem GB und den Gewerkschaften hat die SP gegen diese unsoziale Vorlage das konstruktive Referendum ergriffen.

Das konstruktive Referendum verzögert die Einführung der Betreuungsgutscheine. Vie-

le Eltern haben jedoch bereits einen privaten Betreuungsplatz in Anspruch genommen, weil sie davon ausgegangen sind, dass die Betreuungsgutscheine ab Januar 2013 eingeführt werden. Im Rahmen der Budgetdebatte 2013 hat die SP/JUSO-Fraktion erfolgreich den Antrag gestellt, dass die für die Einführung der Betreuungsgutscheine budgetierten zwei Millionen Franken den betroffenen Eltern bereits ab Anfang des nächsten Jahres ausbezahlt werden können.



Lea Kusano
Stadträtin und Vizepräsidentin
SP/JUSO-Fraktion

Bezahlbarer Wohnraum und erneu

Im letzten Teil unserer Serie zum Wahljahr 2012 präsentieren die beiden Gemeinderatskandidierenden der SP Stadt Bern, Alexander Tschäppät und Ursula Wyss, ihre Vorstellungen zum Wohnen und zur Energiepolitik.

Seit du im Gemeinderat bist, hast du dich für den Wohnungsbau eingesetzt. Warum das?

Weil Wohnen ein Grundbedürfnis ist. Man hat keine Wahl: Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist Leben, Sicherheit und Heimat. Darum ist die Wohnbaupolitik für die SP seit jeher ein wichtiges Thema. Attraktives Wohnen darf kein Privileg sein. Vielmehr haben alle Menschen Anspruch darauf, unabhängig vom Portemonnaie. Hinzu kommt, dass die Wohnbaupolitik massgebend ist für die Entwicklung des Gemeinwesens. Ohne Wohnungen keine Einwohnerinnen und Einwohner, keine Steuereinnahmen und kein Service public für die Bevölkerung.

Was wurde in den gut zehn Jahren erreicht?

Es wurden über 2200 Wohnungen gebaut. Die Bevölkerung wuchs um mehr als 7000 Menschen. Einige Beispiele: Die erste autofreie Siedlung der Schweiz steht an der Burgunderstrasse, in der Siedlung Baumgarten und im Weissenstein entstanden beliebte Familienwohnungen. Urban wohnen kann man im Wylerpark, am Scheuerrain oder in den Lofts im Oktogon. Ein Hochhaus wurde zu Alterswohnungen umgenutzt, Ausserholligen wurde mit dem genossenschaftlichen Projekt Cres-Cen-Do verdichtet. Viele weitere Wohnungen sind im Bau oder in Planung, etwa in Brunnmatt-Ost oder auf dem Areal des Tramdepots Burgernziel. Aber auch der Altwohnungsbestand wird fortlaufend modernisiert, was für die Energiestadt Bern wichtig ist.

Wohnungen sind nicht gleich Wohnungen.

Welcher Mix ist für die Stadt Bern ideal?

Stadt für alle statt für wenige! Es braucht von allen Typen genügend Wohnungen, zumal sich die Bedürfnisse rasch wandeln. Was früher im Tschärnergut eine moderne Familienwohnung war, genügt heute bestenfalls den Ansprüchen von Paaren oder Einzelpersonen. Sicher ist, dass wir mehr Wohnungen mit vier und mehr Zimmern benötigen. Auch günstige Wohnungen müssen ein Thema sein, damit sich die Schere zwischen den Marktmieten und den Bestandesmieten nicht weiter öffnet. Dabei gilt: je grösser das Angebot an Wohnungen ist, desto besser. Das nimmt den Druck weg von den günstigen Wohnungen.



Alexander Tschäppät wurde im Jahr 2000 in den Gemeinderat gewählt und ist seit 2005 Stadtpräsident von Bern. Der 60-jährige Fürsprecher lebt in Partnerschaft und ist Vater zweier Söhne.

Im «Mubeeri» soll es Luxuswohnungen geben. Ist das Aufgabe einer rotgrünen Stadt?

Das ist nur ein Szenario unter anderen, entschieden ist nichts. Sollten die Abklärungen zugunsten von Wohnungen ausfallen, ist

«Attraktives Wohnen darf kein Privileg sein. Vielmehr haben alle Menschen Anspruch darauf, unabhängig vom Portemonnaie.»

das für mich in Ordnung. Wer sich eine teure Wohnung leisten kann, kann auch Steuern zahlen. Und Steuern sind mir sehr wohl willkommen, weil wir damit Leistungen finanzieren können, die allen zugute kommen, vor allem den Menschen mit mittleren und unteren Einkommen.

Welche Wohnungen sollte die Stadt anbieten, gibt es da einen Unterschied zur Agglomeration?

Wir müssen genug Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten und Einkommen zur Verfügung stellen. Es dürfen keine Ghettos entstehen – weder für Arme noch für Reiche, weder für Migrantinnen noch für Expats. Nichts ist besser für eine Stadt als eine gesunde Durchmischung. Zudem will ich Qualität im Wohnungsbau, und zwar für preiswerte wie für

teure Wohnungen. Wenn wir unsere Lebensqualität erhalten wollen, müssen wir Sorge tragen zum Stadtbild.

Die Wohnungen werden immer teurer, im urbanen Raum werden diese für den Mittelstand teilweise unbezahlbar. Was ist dein Rezept dagegen?

Wir haben es geschafft, Bern als Wohnstadt sehr attraktiv zu machen. Nun müssen wir aufpassen, dass wir nicht Opfer unseres Erfolgs werden, und verhindern, dass einzelne Bevölkerungsgruppen verdrängt werden. Bezahlbarer Wohnraum soll durch gemeinnützige Trägerschaften oder die Stadt realisiert werden, wie auf dem Areal der KVA oder im Stöckacker Süd. Zudem möchte ich private und institutionelle Anleger dafür gewinnen, preisgünstigen Wohnraum zu realisieren. Dabei sind die Standards zu überdenken. Sicherlich würden viele Menschen zugunsten von tieferen Mieten einen einfacheren Wohnungsstandard wählen.

Interview: Christoph Salzmann, Präsident SP Köniz

Erneuerbare Energien für Bern



Ursula Wyss (1973) ist seit 1999 Mitglied des Nationalrats und präsidierte dort während sechs Jahren die SP-Fraktion. Die promovierte Ökonomin lebt in Partnerschaft und ist Mutter zweier Söhne.

Seit Jahren engagierst du dich energiepolitisch auf Bundesebene. Was hat sich in den letzten Jahren alles verändert?

In der Energiepolitik wandelte sich in letzter Zeit viel zu unseren Gunsten. Das hat vorab mit der tragischen AKW-Katastrophe in Fukushima zu tun, die bei vielen PolitikerInnen im bürgerlichen Lager zu einem Umdenken geführt hat. Das «Umhandeln» muss jedoch noch folgen. Die Bundesratsmehrheit für einen Atomausstieg hat schliesslich den Weg bereitet für die Energiestrategie 2050, die nun als Entwurf vorliegt.

Was bedeutet die Bundesstrategie für die Stadt Bern?

Die Neuausrichtung unterstützt die städtische Strategie, aus der Atomenergie auszusteigen und die Energieversorgung vollumfänglich aus erneuerbaren Quellen und mit mehr Effizienz zu sichern. Synergien sollten dazu führen, dass der städtische Atomausstieg von 2039 vorverschoben werden kann. Ich würde es begrüßen, wenn Bern eine Vorbildfunktion einnimmt und sich frühzeitig von seinen AKW-Beteiligungen löst.

Wie sieht die Energieversorgung und -nutzung der Stadt 2050 aus?

Bis 2050 ist die Energieversorgung für Elektrizität und Wärme zu 100 Prozent erneuerbar. Parallel dazu muss die Effizienz massiv steigen: Heute verschwenden wir viel zu viel Energie.

Für dich ist die Verbindung von Energie- und Wirtschaftspolitik zentral. Was lässt sich damit alles erreichen?

Mit der Cleantech-Initiative zeigt die SP, dass gerade im Bereich der erneuerbaren Energien Ökologie und Wirtschaft voneinander profitieren. Zehntausende neuer Arbeitsplätze könnten in der Schweiz und besonders auch in den ländlichen Regionen geschaffen werden. Heute fließen jährlich 13 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland.

Ist der städtische Energierichtplan, der gerade in der Mitwirkung ist, das richtige Mittel, um die Energiewende zu schaffen?

Der Energierichtplan ist als Behördeninstrument eine wichtige Grundlage. Um die darin definierten Ziele zu erreichen, brauchen wir aber auch die Förderung und Unterstützung der privaten Initiativen. Das beginnt zum Beispiel beim Abbau von rechtlichen Hindernissen bei energetischen Gebäudesanierungen und geht bis zu einer zielgerichteten Effizienzförderung im Gerätebereich.

Die künftige Energieversorgung Berns wird kaum ohne Strom aus Grosskraftwerken auskommen. Wie sind so die Ziele des Energierichtplans noch zu erreichen?

Für mich kommen Gaskraftwerke erst als allerletzte Übergangsmöglichkeit in Frage und nur, wenn die Abwärme vollumfänglich genutzt werden kann. Zuvor müssen wir alle Potenziale sowohl bei der Effizienz als auch bei der dezentralen Energieerzeugung ausnutzen. Insbesondere das Einspar-Potenzial, aber auch dasjenige von Solarenergie und Geothermie wird immer noch – leider auch im Energi Richtplan – unterschätzt.

Was siehst Du für weitere politische Hürden für die Energiewende?

Wichtig ist das entschiedene Umdenken der grossen Energieunternehmen BKW, Axpo und Alpiq, welche bisher von ihrer Monopolstellung und von der Energieverschwendung profitiert haben. Künftig müssen sie sich auf eine dezentrale, energieeffiziente Versorgung einstellen und sich als Dienstleister behaupten.

Welche Möglichkeiten hat Bern bei der Tarifpolitik?

Als Eigentümerin kann sie ewb die Tarife vorgeben. Sinnvoll wäre, den Grundtarif für privaten Strom aufzuheben und die Gebühren progressiv auszugestalten. Nur so hätten sparsame Haushalte einen finanziellen Anreiz. Zudem

«Ich würde es begrüßen, wenn Bern eine Vorbildfunktion einnimmt und sich frühzeitig von seinen AKW-Beteiligungen löst.»

sollte sich Bern ein Vorbild an Basel nehmen und über einen Energiefonds nachdenken, um über Förderbeiträge und gezielte Investitionen die Energiewende zu beschleunigen.

Rund ein Drittel des städtischen Stroms produzieren die Kraftwerke Oberhasli. Wie stehst du zur Pumpspeicherung und zur Vergrößerung des Grimselsees, über die wir wohl 2013 abstimmen?

Zusammen mit einer knappen Mehrheit der SP wehre ich mich nicht gegen eine Erhöhung der Grimselstaumauer. Allerdings wird die zentrale Pumpspeicherung künftig dank dem Ausbau von Solar- und Windstrom auf europäischer Ebene an Bedeutung verlieren.

Merci, Leyla!

Liebe Leyla

«Aso» ist einer deiner Ausdrücke, wenn wir nach einer intensiven Diskussion etwas entschieden haben. «Aso» von dir heisst «ich mach mich jetzt an die Arbeit», und das machst du: zuverlässig und diszipliniert wie wenige in der Politik. Und selbständig: Bei all den Projekten, Planungen, Stellungnahmen hast du die Termine und Abläufe immer im Griff, wir wären mehr als einmal verloren gewesen ohne dich. «Aso» bedeutet aber auch, dass du dich – engagiert, mit Herzblut, aber nie verbissen – nicht mehr so leicht vom Weg abbringen lässt, den wir eingeschlagen haben: zu zweit, im Präsidium oder in der Parteileitung.

«Hei, weisch was» ist ein anderer typischer Ausdruck von dir. Das ist deine Einleitung für eine neue Idee. Oder aber eine Lösung für den Ausweg aus einer vertrackten Situation. Und diese Geistesblitze haben es meistens in sich, wie wir immer wieder feststellen durften. Mit deinen Wurzeln in der Frauen-, Migrations- und Arbeitergeschichte hast du ein weites Sensorium für wichtige neue Fragen. Durch deine Sensibilität und ehrliche Neugier hast du immer einen guten Zugang zu den unterschiedlichsten Menschen gefunden und so die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt gefördert. Diese Fähigkeiten werden dir ohne Zweifel auch in Zukunft hilfreich sein.

«Aso», du hast dich entschieden, die Stadtebene zu verlassen und die Politarbeit auf nationaler Ebene im Generalsekretariat der SPS fortzusetzen. Im Namen von Präsidium, Partei- und Geschäftsleitung, den Delegierten und allen Mitgliedern danken wir dir herzlich für dein Engagement und deine tolle Arbeit. Wir wünschen dir alles Gute bei der SP Schweiz und viele gute «Hei, weisch was! – Einfälle».

*Thomas Göttin und Flavia Wasserfallen,
Präsidium SP Stadt Bern*

Rosen für Leyla

Gül heisst Rose. Und Rosen verdient unsere Leyla. Nicht nur nach ihrer Demission als umtriebige Sekretärin der SP Region Bern-Mittelland. Sondern immer wieder. Sie hat auch



viele Rosen verteilt. An unsere erfolgreichen Mandatsträgerinnen, an Referenten. Und sie hat sie nie vergessen. Sie war immer da. Sie hat an alles gedacht. Nicht nur an Rosen.

Gül heisst aber auch der türkische Staatspräsident. Und Präsidentin war sie eigentlich auch. Präsident unter Leyla zu sein, ist ein angenehmes Amt. Das werden sie auch bei der SP Schweiz schnell bemerken.

Liebe Leyla, wir danken Dir für Deine grosse Arbeit. Wir wünschen Dir eine starke Faust. Und in der Faust eine Rose.

*Matthias Burkhalter,
Präsident SP Region Bern-Mittelland*

EMPFEHLUNG ZUR STÄDTISCHEN ABSTIMMUNG VOM 25. NOVEMBER

JA zum Produktegruppenbudget 2013 der Stadt Bern

PARTEITAG SP REGION BERN-MITTELLAND

21. November, 19 Uhr, Hotel Bern
Wirtschaftsstandort Bern. Standpunkte von Alexander Tschäppät, Stadtpräsident von Bern, und André Nietlisbach, Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern.

LEYLA GÜL

Leyla wurde im Januar 2005 als Nachfolgerin von Willi Zahnd zur Parteisekretärin gewählt und war bis Ende September 2012 für die SP Region Bern und die SP Stadt Bern zuständig. Sie war zudem Stadträtin und Vize-Chefin der SP/JUSO-Fraktion. Neben der professionellen Sekretariats-

arbeit hat sie sich in ihrer Rolle als Parlamentarierin auch mit nicht überall beliebten Themen wie Polizei, Grundrechte, Videoreglement oder Finanzen befasst. Seit dem 22. Oktober 2012 leitet sie zusammen mit Flavia Wasserfallen das Generalsekretariat der SP Schweiz.

Impressum

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern,
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23,
031 370 07 90, bern@spbe.ch
www.spmittelland.ch, www.spbern.ch
Redaktion: Marc Gebhard, Christa Luginbühl, Fides Kistler, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Christoph Salzmann, Michael Sutter